Wir für Europa – Eine Ermutigung!

I. Europa wählt!

Am 9. Juni 2024 sind die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union aufgefordert, ein neues Europäisches Parlament zu wählen.

Bei der letzten Europawahl im Jahr 2019 ist nur jede:r zweite Wahlberechtigte in Deutschland zur Wahl gegangen. Seit 1999 bis 2019 lag die Wahlbeteiligung bei der Wahl des Europäischen Parlaments bei konstant unter 50 %. Sie liegt damit weit unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen. Diese Zahlen sind ernüchternd. Es scheint, Europa und seine Akzeptanz, seine Bedeutung für die Menschen konkret vor Ort sind in Frage gestellt. Auch der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs im 2020, der sog. Brexit, wird von vielen als erstes, großes Symptom mangelnden Zutrauens in die Europäische Union verstanden. Dabei gibt es unzählige gute Gründe, mit einem ermutigten Blick Richtung Europa zu blicken, auch wenn oder gerade weil die Welt und damit Europa vor neuen Rahmenbedingungen und drängenden Herausforderungen steht.

II. Neue Rahmenbedingungen und Rechtsruck in Europa

Mit dem Beginn der Corona-Pandemielage im Jahr 2020 wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer absoluten Ausnahmesituation auf die Probe gestellt, bereits vorhandene soziale Missstände und Ungleichheiten sind offen zu Tage getreten und zum Teil verstärkt worden, in sozial benachteiligten Gesellschaftsgruppen sind Zukunftsängste hervorgerufen worden und gewachsen, unsere Art zu arbeiten und zu wirtschaften steht in Frage.
Der europäische Kontinent hat nach dem zweiten Weltkrieg insbesondere mit den Jugoslawienkriegen in den 90er Jahren bereits zuvor blutige Auseinandersetzungen und Kriegsverbrechen erlebt. Die Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit, mit denen der russische Präsident Wladimir Putin aber durch den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 die Unantastbarkeit bestehender Grenzen verletzt hat, rückt die Angst vor Krieg auf dem Boden der Europäischen Union so nah wie schon lange nicht mehr in unser kollektives Bewusstsein. Dieser von unserem Bundeskanzler Olaf Scholz als Zeitenwende bezeichneter Angriff, hat unser Vertrauen auf Frieden in Europa grundlegend erschüttert.

Gleichzeitig hat sich das globale Machtgefüge ohnehin merkbar verändert: Aufstrebende Weltmächte wie China oder Indien stellen die Rolle der USA und Russlands schon seit geraumer Zeit in Frage und erhöhen den Druck auf die Europäische Union in diesem veränderten Rahmen ihren Platz zu finden.

Dabei steht unser globales Wirtschaften einer globalen Klimakrise gegenüber. Heute flüchten Menschen noch überwiegend vor Krieg in ihrem Heimatland an die Tore der Europäischen Union. Aber auch wirtschaftliche Armut – auch als Folge der Klimakrise – ist heute schon als Fluchtursache bedeutend. Migrationsbewegungen werden sich trotz aller Bemühungen in Zukunft nicht aufhalten lassen. Sie werden sich noch weiter massiv verschärfen,

weil die Lebensgrundlage der Menschen im globalen Süden durch die Folgen des menschengemachten – vor allem durch uns im globalen Norden – verursachten Klimawandels massiv gefährdet ist.
Diese Entwicklungen und neuen Rahmenbedingungen führen dazu, dass das in der Vergangenheit vermeintlich unumstößlich geltende Versprechen nach Sicherheit und stetigem wirtschaftlichen Aufschwung, der uns stabile, unveränderte Lebensverhältnisse garantierte, nicht mehr in der uns gewohnten Weise einlösbar scheint.

Zugleich – zum Teil auch gerade wegen dieser in der Gesellschaft spürbaren Unsicherheiten – sieht sich die Europäische Union insgesamt einem nicht zu unterschätzenden Rechtsruck gegenüber. Rechte Parteien erleben in Europa einen Aufwind: Seit 2010 amtiert Ministerpräsident Viktor Orban und seine rechtspopulistische Partei Fidesz in Ungarn. In Schweden ist die Regierung Kristersson seit 2022 mit Unterstützung der rechtsnationalen Schwedendemokraten, die zweitstärkste Kraft im Parlament, im Amt. Ebenfalls seit 2022 ist die Postfaschistin Giorgia Meloni von der Partei Fratelli d'Italia Ministerpräsidentin Italiens und koaliert gemeinsam mit den weit rechtsstehenden Parteien Forza Italia und Lega. Mit Alessandra Mussolini sitzt bereits heute eine Enkelin des Diktators Benito Mussolini im Europäischen Parlament. In Finnland hat letztes Jahr der Konservative Petteri Orpo die Sozialdemokratin Sanna Marin als Ministerpräsident abgelöst und rückte Finnland mit seiner Vier-Parteien-Koalition, zu der auch die rechtspopulistische Partei Die Finnen gehört, deutlich nach rechts. Auch die Niederlande hat im November 2023 die rechtspopulistische Partei für Freiheit (PVV) von Geert Wilders überraschend klar zur stärksten Kraft gewählt. Nach seinem Wahlsieg in der Slowakei Ende vergangenen Jahres ist auch der Linkspopulist Robert Fico ein Drei-Parteien-Bündnis mit einer ultrarechten und einer Linkspartei eingegangen. In Frankreich stehen Marine Le Pen und ihr Rassemblement National immer wieder in der Stichwahl um das Präsidentenamt. Auch in aktuellen Umfragen liegen sie vor der nächsten folgenden, demokratischen Partei der Mitte. In Griechenland gibt es seit den Parlamentswahlen Mitte 2023 einen massiven Rechtsruck – rechts von der derzeit regierenden Nea Dimokratia. Allein in Polen, das von 2015 bis 2023 von Rechtspopulisten und Nationalisten regiert wurde, ist es gelungen, dass die bisher regierende nationalkonservative Partei (PiS) keinen Koalitionspartner fand und damit abgelöst werden konnte.

Auch in Deutschland sitzt die rechtspopulistische selbstbenannte Alternative für Deutschland seit 2017 im Bundestag und ist heute in fast allen Bundesländern in den Landesparlamenten vertreten. Seit 2023 stellt sie in Thüringen den ersten AfD-Landrat und hat schon längst in unzähligen Kommunalparlamenten Platz genommen. Im Januar 2024 haben correktiv-Recherchen aufgedeckt, dass hochrangige AfD-Politiker gemeinsam mit zwei CDU-Mitgliedern, Neonazis und finanzstarken Unternehmern bei einem geheimen Treffen nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit – aus Deutschland planen. Die deutsche Bevölkerung reagierte – auch in Hamm – mit einem unmissverständlichen und in seinem Ausmaß beispiellosen Protest und zeigte deutlich, dass die insbesondere von der AfD propagierte „schweigende" Mehrheit für derartige menschenverachtende Pläne eine Lüge ist. Darauf sind wir als Sozialdemokratie in Hamm sehr stolz. Dennoch schauen auch wir voller Sorge

auf die möglichen Ergebnisse für die AfD für die in diesem Jahr, neben der Europawahl, anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen.

III. Gemeinsame Herausforderungen – Gemeinsam für ein starkes Europa!

Insbesondere die Europawahlen könnten angesichts dieser grundlegenden, unmittelbar vor uns liegenden Herausforderungen nicht bedeutender sein. Denn ihre Bewältigung wird nicht allein auf nationaler Ebene, sondern nur unter dem Dach einer starken Europäischen Union gelingen: Klimawandel und Migration auf der einen und die voranschreitende Digitalisierung auf der anderen Seite (vor allem Fragen in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Cyberspionage und Strafverfolgung im digitalen Raum) machen keinen Halt an nationalen Grenzen. Eine soziale und gerechte Gestaltung einer sich völlig neu darstellenden Wirtschafts- und Arbeitsordnung ist in einer globalisierten Welt nur durchsetzbar und denkbar, wenn alle europäischen Mitgliedstaaten als Wirtschaftspartner solidarisch an einem Strang ziehen. Die Sicherung von dauerhaftem Frieden in Europa und auf der Welt braucht eine gemeinsame europäische Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, um Schlagkraft nach außen zu entfalten. Die Stärkung von Demokratie, der wirksame Kampf gegen Faschismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder andere menschenverachtende Diskriminierungsformen sowie die Gewährleistung unabdingbarer Menschenrechte in einer pluralistischen Gesellschaft und ein tolerantes Miteinander erfordern eine gemeinsame europäische Wertegemeinschaft. Denn nur sie kann das Einhalten dieser Werte, unabhängig von der politischen Richtung und Programmatik einzelner Nationalregierungen, kontrollieren und ihnen Durchsetzungskraft verleihen. Wie wir diese Herausforderungen angehen, wie wir die Zukunft Europas gestalten und welche Grundsteine wir hierfür schon heute legen, wird am Ende darüber entscheiden, wie wir in Zukunft in Europa, in Deutschland, in Hamm leben werden.

IV. Europa – Eine Ermutigung!

Deshalb bekennen wir uns zu einem selbstbewussten Europa des solidarischen Miteinanders, in dem die nationalen Interessen als Interessen der Gemeinschaft und aller Menschen in der Europäischen Union aufgehen können. Wir lehnen ein Europa des unversöhnlichen Beharrens einzelner Staaten auf ihre Nationalinteressen ab. Wir stehen ein für die Europäische Idee und mit ihr für die unteilbaren und universellen Werten, die auf der Würde des Menschen, der Freiheit und Gleichheit und der Solidarität beruhen. Unser Fundament sind die Grundsätze der Demokratie und Rechtstaatlichkeit.

Wir glauben daran, dass nur eine starke, sich auf diese Werte besinnende Europäische Union, die Antwort auf all die drängenden Herausforderungen und Fragen unserer Zeit sein kann und Grundbedingung vor allem für dauerhaften Frieden für und in Europa ist. Denn die Europäische Union ist in allererster Linie kein Wirtschafts-, sondern ein Friedensprojekt. Als nach Ende des Zweiten Weltkriegs Europa in Trümmern lag, war die Europäische Union die Antwort auf die Frage, wie die bis dahin feindlichen Verhältnisse der europäischen Staaten untereinander aufgehoben und ein solcher Krieg in Zukunft vermieden und dauerhafter

Frieden in Europa hergestellt werden kann. Was als Idee von den „Vereinten Nationen Europas“ in der Züricher Rede (1946) des ehemaligen britischen Premierministers Winston Churchill begann, sollte mit der Gründung des Europarats 1949 und dem Schumann-Plan 1950 und damit dem öffentlichen Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit zehn westeuropäischer Länder sowie dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahr 1953 seinen konkreten Anfang finden. Die Europäische Union hat sich in weniger als 70 Jahren von einer losen Wirtschaftsgemeinschaft, zunächst zu einer Zoll-, dann zu einer Währungsunion mit einem gemeinsamen Binnenmarkt ohne innere Grenzen und engerer Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Bereich der Justiz und der Innenpolitik entwickelt. Das gemeinsame Haus Europa war bereits in seiner Gründungsidee und so ist die Europäische Union auch heute stets auch eine politische Werte- und Solidargemeinschaft, die durch wirtschaftliche Verflechtung und gemeinsamen wirtschaftlichen Aufschwung aus einstigen erbitterten Feinden wie Deutschland und Frankreich Handelspartner und schließlich Freunde machte und in den vergangenen über 70 Jahren Frieden in der Europäischen Union garantiert hat. Für die Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten hat die EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten.

Ein wichtiger Garant für einen dauerhaften Frieden ist dabei die Entwicklung der Europäischen Union zum größten Binnenmarkt weltweit, der insgesamt rund ein Viertel des globalen Bruttoinlandprodukts erwirtschaftet. Neben Frieden konnten und können wir in der Europäischen Union auf verlässlichen wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand durch immer weiter voranschreitende wirtschaftliche Verflechtungen der Mitgliedstaaten bauen. Durch unzählige – wenn auch zum Teil hart ausgehandelte – finanzielle Hilfsprogramme hat die Europäische Union sich dabei nicht nur in der Banken- und Finanzkrise 2008/2009, sondern auch in der Corona-Pandemie und der jüngsten Energiekrise als die größten Krisen der vergangenen Jahre als wirtschaftlich krisenfest erwiesen und Solidarität in schweren Zeiten unter Beweis gestellt.

Gleichzeitig setzt die Europäische Union – nicht zuletzt in ihrer Rolle als Wertegemeinschaft – über die Europäischen Grenzen hinaus wirkende Maßstäbe für Verbraucher:innen- und Datenschutz, die Durchsetzung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit. Unsere wirtschaftlichen Standards in Produktionsbedingungen und Produktqualität sowie bei Arbeitnehmer:innenrechten, unser Umgang mit und unsere Gestaltung von baulicher und geistiger Kultur haben globalen Vorbildcharakter.

V. Wir werden gebraucht! - Sozialdemokratie als Wegweiser in Krisen

Am Wahltag in ein paar Monaten haben es die Menschen in Europa in der Hand, in welche grundlegende Richtung sich der weitere Zukunftsweg der Europäischen Union entwickelt. Denn wir sind weiter überzeugt, dass nicht irgendeine Europäische Union, sondern nur eine Europäische Union, die sich auf ihre Grundwerte und Stärken besinnt und nach ihnen handelt und sich nicht in nationalstaatlichen Interessen und Starrköpfigkeit verliert, in der Lage sein wird, diese Herausforderungen im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen anzugehen.

Für uns liegt auf der Hand, dass das klare Stellen rechter Parteien wie der AfD auf europäischer Ebene nicht mit einer CDU gelingen wird, die schon auf nationaler Ebene mit ihrem Parteichef Friedrich Merz unverhohlen mit falschen Tatsachen Stimmung gegen Flüchtlinge macht und damit den unlauteren Versuch unternimmt, unsere Gesellschaft zu spalten. Klar ist auch, dass der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) und CSU-Spitzenkandidat für die anstehende Europawahl Manfred Weber, der noch in jüngster Vergangenheit immer wieder damit aufgefallen ist, rechte Mehrheiten auszuloten und sich an die in den Mitgliedstaaten regierenden rechten Parteien anzubiedern, nicht glaubwürdig ist, wenn er zuletzt eine „klare Abgrenzung von der AfD“ verkündet. Denn hierfür ist eine Partei erforderlich, die sich durch ihr Handeln, nicht durch ihre vollmundigen Worte, in ihrer – in Deutschland 160-jährigen – Geschichte durch klare Haltung und Abgrenzung zu Rechts bewiesen hat: Dieser Garant für ein solidarisches und friedliches, fortschrittliches und zugleich vielfältiges Europa, kann daher nur die Sozialdemokratie sein.

Deshalb sind wir stolz darauf, dass wir mit unserem im Januar beschlossenen Europaprogramm 2024 – „Gemeinsam für ein starkes Europa“ diese Ziele mit Leben füllen und einen klaren Kompass für die Gestaltung unseres Europas vorgelegt haben, um den Fortschritt in Europa zu organisieren. Dabei richtet sich das Programm an drei Prinzipien aus, die für die SPD handlungsleitend sind:

> Wir schaffen ein **Europa der Zukunft**. Wenn wir unsere Ressourcen, den größten Binnenmarkt der Welt und das Potenzial der Vielfalt der Menschen in Europa bestmöglich nutzen, können wir aus dem notwendigen Wandel gesellschaftlichen Fortschritt machen und dafür sorgen, dass alle profitieren. Wir treten an, um gute Arbeit für alle zu schaffen. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa stärken. Gemeinsam können wir in Europa dafür sorgen, dass wir im globalen Wettbewerb führend sind und niemand Angst vor der Zukunft zu haben braucht. Unser Europa der Zukunft ist klimaneutral und wirtschaftlich stark. Europa hat die besten Voraussetzungen, durch effektiven Klimaschutz den Wohlstand der Zukunft zu schaffen. Wir wollen, dass Deutschland und Europa ein attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort bleiben, der Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen sichert. Und wir wollen in Europa zeigen, dass Industrie, Klimaschutz und sozialer Fortschritt zusammengebracht werden können. Deshalb brauchen wir einen wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch in Europa. Wir wollen Zukunftstechnologien „Made in Europe“. Dazu bedarf es einer Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie, die vor allem Investitionen in Zukunftsindustrien, die Verbesserung der Regulierung und Beschleunigung von Planungsprozessen, sowie den Schutz des Binnenmarktes vor unfairem Wettbewerb und Fachkräfte für Europa bereithält. Wir brauchen eine erneuerbare, bezahlbare und sichere Energieversorgung durch insbesondere die Vollendung der europäischen Energieunion. Wir stehen gleichzeitig ein für einen sozialen Klima- und Umweltschutz. Wir glauben daran, dass Digitalisierung für die Menschen da ist und stehen daher für ein offenes und freies Internet, im dem der Schutz, die Vertraulichkeit und Souveränität im digitalen

Raum gewährleistet sind. Wir setzen auf Demokratieförderung und einen Kampf gegen Desinformation. Wir setzen auch auf KI-Modelle – aber mit europäischen Werten! Für ein Europa der Zukunft gestalten wir den Weg eines Europas zur Mobilitätsunion. Und schließlich muss auch die Finanzierung der EU eine Finanzierung der Zukunft sein: In Zeiten fortdauernder wirtschaftlicher Unsicherheit setzen wir auch weiterhin insbesondere auf fiskalische Spielräume innerhalb der EU und einen schlagkräftigen EU-Haushalt.

Ein **starkes Europa in der Welt** ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen, die sicherheitspolitischen Veränderungen und den Druck, dem sich die Demokratien dieser Welt durch Populist:innen und Autokrat:innen gegenübersehen. Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen. Wir werden gemeinsam Europa zum Partner erster Wahl machen, die regelbasierte Ordnung stärken und uns international für Frieden und gegen Ungleichheit einsetzen. Dabei setzen wir auf ein friedliches Europa mit der Vision einer europäischen Armee mit gemeinsamen europäischen Beschaffungen und einer gemeinsamen europäischen Rüstungsexportpolitik. Gleichzeitig ist es in Zeiten der weltweiten Aufrüstung unsere Pflicht als Europäerinnen und Europäer, Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv voranzutreiben, denn sie sind Teil einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Wir stehen für eine Europäische Union für alle Europäerinnen und Europäer. Das bedeutet für uns auch, dass wir den Beitritt der westlichen Balkan-Staaten beschleunigen und dass die Ukraine und Moldau ein Teil der EU werden. Dabei sind Europäische Werte die Grundvoraussetzung für die Erweiterung des Europäischen Raumes. Gleichzeitig muss die Europäische Union in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Dafür müssen Entscheidungsprozesse reformiert werden – ein striktes Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip lehnen wir ab. Gemeinsame Werte müssen konsequent durchgesetzt und Verstöße sanktioniert werden. Wir brauchen dafür auch eine Stärkung der Europäischen Demokratie, in der die Rolle des Europäischen Parlaments ausgebaut wird und die Leitung der EU-Kommission durch Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Wir brauchen eine Europapolitik, die den Menschen zuhört: Dafür sind innovative und partizipatorische Formen der Bürger:innenbeteiligung unerlässlich. Zugleich wollen wir durch Transparenz Vertrauen schaffen und werden die Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen erhöhen, indem wir uns für die Einrichtung einer Ethikbehörde einsetzen. Zur Friedenssicherung und Friedensförderung müssen wir internationale Partnerschaften – insbesondere auch in den globalen Süden – strategisch ausbauen, transatlantische Partnerschaften stärken, eine gemeinsame Europäische Chinapolitik etablieren sowie die Reform der Vereinten Nationen vorantreiben. Denn um die Herausforderungen unserer Zeit – Armut, Klimawandel, Verlust der Biodiversität, Migration, Pandemien, Kriege – zu bewältigen, braucht es globale Antworten. Ein starkes Europa braucht auch eine neue Ausrichtung für die europäische Handelspolitik, die neue Maßstäbe setzt, und eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die es schafft die humanitäre Verantwortung zu wahren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen wir ein verantwortungsvolles Ankommen in Europa gewährleisten – für die Geflüchteten und für die

aufnehmenden Kommunen, in denen die Geflüchteten ankommen und die dringend für die Bewältigung dieser gesamteuropäischen Aufgabe finanzielle Entlastung erfahren müssen.

Wir wollen ein **Europa des Respekts**. Wir sind stolz darauf, dass Europa uns vielfältige Möglichkeiten bietet, unser Leben so zu leben, wie wir es wollen. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und ein sicheres und gutes Leben, egal woher man kommt oder welchen Beruf man ausübt oder wen man liebt. Dieses Prinzip werden wir gegen diejenigen verteidigen, die es einschränken und abschaffen wollen. Respekt heißt auch, dass faire Regeln für alle gelten. Europa muss gegen Einschränkungen von Rechtsstaat und Gewaltenteilung wirksam vorgehen, denn das Programm der Populisten und Europafeinde ist am Ende ein soziales und kulturelles Verarmungsprogramm für die Bürgerinnen und Bürger. Ein Europa des Respekts verlangt von uns, für gute Arbeit zu sorgen, in dem wir soziale Rechte und Arbeitnehmer:innenrechte sowie Europäische Sozialpartnerschaften stärken sowie gerechte Bezahlung für alle und eine gute (Aus-)Bildung gewährleisten. Wir müssen Beschäftigte besser vor Ausbeutung schützen und konsequent für ein europäisches Lieferkettengesetz einstehen. Ein Europa des Respekts ist nicht denkbar ohne die Gewährleistung von sozialer Sicherheit mit gemeinsamen Standards für Grundsicherungssysteme, den Schutz vor Kinderarmut sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums vor allem in Städten. Für ein respektvolles Miteinander müssen wir Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa überwinden. Wir brauchen für ein Europa des Respekts auch eine gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege. Ein Europa des Respekts heißt aber auch, dass wir unseren Weg für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft weitergehen und dabei eine EU-Charta für Frauenrechte erarbeiten, die Europäischen Gleichstellungsstrategien erneuern, die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen fördern und mehr Frauen in Führungspositionen bringen, steuerliche Gleichstellung und die Gleichstellung und Parität auch in den europäischen Institutionen herstellen und nicht zuletzt Gewalt gegen Frauen gemeinsam bekämpfen und verhindern. Zu einem Europa des Respekts gehört, Menschenhandel und Ausbeutung konsequent einzudämmen, die Rechte von queeren Menschen und nationalen Minderheiten zu schützen und uns für ein altersgerechtes Europa einzusetzen. Das alles erfordert aber nicht zuletzt auch, unsere Sicherheit und Freiheit zu schützen, in dem wir die Freiheit der Medien sicherstellen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, die Europäische Staatsanwaltschaft und den Europäischen Bevölkerungsschutz und Krisenkompetenzen stärken.

Lasst uns die Menschen in Deutschland in den kommenden Wochen und Monaten für unsere Idee eines starken Europas gewinnen, weil es zusammenhält und weil es das Leben der Menschen besser macht. Lasst uns gemeinsam die Zukunft Europas gestalten. Wir werden gebraucht!